„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigentaxen auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St., Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 8 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 4. Juli 1923 | 8 Seiten | Nummer 34

Die „Eroberer" besetzten neues Gebiet

Koblen[redacted] Juli. — Die Franzosen dehnten ihre Besetzung des Mainzer-Brückenkopfes bis nach Langen an der Darmstadt - Frankfurt Bahnlinie acht Meilen südlich von Frankfurt aus sowie bis Eschborn, an der Frankfurt-Kronberg Linie, sieben ein halb Meilen nordwestlich von Frankfurt. Die Ausdehnung ist eine Strafe wegen neuerlicher Sabotage auf den Bahnen.

Völkerbund soll Entschädigungsfrage lösen.

Wien, 3. Juli. — Die Vereinigung von Völkerbund-Gesellschaften erklärt in einem Beschluß, daß die Liga mit Regelung der Entschädigungsfrage beauftragt werden soll. Den Antrag unterstützten die französischen und deutschen Delegationen, mit Jean Hennessy bezw. Graf Bernstorff, dem früheren Botschafter, an der Spitze. Bernstorff sagte, er billigte den Antrag, weil darin bestimmt ist, daß Deutschland bei den Verhandlungen über eine Regelung auf gleichem Fuße mit den Alliierten vertreten sein soll. Wenn garantiert wird, daß die Zahlung das Land von fremder Bedrückung befreit, so wird Deutschlands Eifer bei der Abtragung von Entschädigungen überraschen, fügte er bei.

Wem gelten französische Luftrüstungen?

Paris, 3. Juli. — Die Abgeordnetenkammer erklärte sich mit der von der Regierung verlangten Verwilligung von 211 Millionen Frank für den Ausbau von Anlagen für die Luftverteidigung und für Beschaffung von Flugzeugmaterial einverstanden. Der sozialistische Abgeordnete Mistral lenkte die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Tatsache, daß die Verwilligung der Regierung um 36 Millionen erhöht wurde, nachdem der britische Ministerpräsident Baldwin in London eine Vergrößerung der britischen Luftstreitkräfte angekündigt hatte. Er fragte, ob damit ein neues Wettrüsten eingeleitet werde. Abgeordneter Benazet protestierte gegen die Zumutung als ob ein Angriff Frankreichs gegen England möglich sei und behauptete, die Erhöhung der Verwilligung der französischen Regierung sei eine Folge erhöhter Tätigkeit Deutschlands im Flugwesen. Seine Bemerkungen wurden von der Kammer applaudiert.

Zehn belgische Soldaten durch Bombe getötet, viele verwundet.

Düsseldorf, 3. Juli. — Zehn belgische Soldaten wurden in einem Passagierwagen eines Zuges, der belgische Soldaten auf Urlaub aus der Ruhr nach Belgien zurückbringt, durch Explosion einer Zeitbombe getötet. Durch die Explosion wurden 40 bis 50 weitere Soldaten verwundet. Sie gilt als deutsche Antwort auf Verschärfung der Okkupationsvorschriften in der belgischen Zone nach der Tötung von zwei belgischen Soldaten. Der Zug, mit 300 Mann auf Urlaub, war eben aus Duisburg ausgefahren, die Bombe explodierte, während der Zug über den Rhein fuhr. Der Wachposten an der Brücke wurde tödlich verletzt. Die Besetzungsbehörden verhängten schwere Strafen.

Sieben Deutsche zum Tode verurteilt

Mainz, 3. Juli. — Ein französisches Kriegsgericht verurteilte sieben Deutsche wegen Sabotage zum Tode. Wegen der gleichen Beschuldigung verurteilte das Gericht einen anderen Mann zu lebenslänglichem Zuchthaus sowie einen weiteren Angeklagten zu fünf Jahren Gefängnis.

Kammerdebatte über Papstschreiben

Paris, 3. Juli. — Die französische Deputiertenkammer bestimmte den nächsten Freitag, um die Regierung über die Botschaft des Papstes zu interpellieren. Der Senat ist entschieden gegen den Vorschlag des Papstes, daß die Franzosen die Ruhr räumen sollen. Sogar Führer der katholischen Partei erklären, daß sie zur Regierung halten.

Spannung zwischen Vatikan und und Frankreich.

Rom, 3. Juli. — Das päpstliche Schreiben über die Ruhrbesetzung hat zu einer scharfen Spannung zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung geführt. Nach einer Ankündigung ist ein Empfang, der am 3. Juli auf der französischen Botschaft für den Vatikan stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben. Wie ein Vertreter des Vatikan sagte, glaubt der Papst, daß sein Brief in französischen Kreisen falsch aufgefaßt worden ist. Indessen besteht die entschiedene Empfindung, daß die Bemühungen des Papstes auf Besserung der Lage nicht in dem Geiste aufgenommen wurden, in welchem sie gemacht worden sind. Nach der italienischen Zeitung „Messagero" ist Botschafter Jonnart aus Paris angewiesen, im Vatikan eine Aufklärung zu verlangen. Er will anfragen, was den Papst bewogen hat, zu Gunsten der Räumung der Ruhr durch die Franzosen zu sprechen.

Drei frühere deutsche Tauchbootführer von Franzosen verhaftet

London, 3. Juli. — Drei frühere deutsche Tauchboot-Kommandanten wurden durch die Franzosen im Ruhrgebiet in Verbindung mit Dynamit-Explosionen verhaftet. Der erste von ihnen ist Paul Andler, der Kommandeur des Tauchboots „U—9". Derselbe soll an der Explosion, welche den Rhein-Herne-Kanal teilweise zerstörte, beteiligt gewesen sein. Der zweite ist Otto Horden, welcher sich angeblich Eachbeschädigung im Bochum-Distrikt zuschulden kommen ließ. Der dritte ist, wie bereits gemeldet, Hans Rose, welcher das Tauboot „U 53" auf der Fahrt nach der amerikanischen Küste kommandierte.

Monsignor Testa besucht Krupp von Bohlen im Gefängnis.

Köln, 3. Juli. — Msgr. Testa, der Spezialgesandte des Papstes, verbrachte gestern eine halbe Stunde bei Dr. Krupp von Bohlen und Halbach im Gefängnis in Düsseldorf.

Keine neuen Zweiglinien der Canadischen Nationalbahnen

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir von dem Zweiglinien-Bauprogramm der Canadischen Nationalbahn in Saskatchewan für 1923. Das Programm, das 453 Meilen neuer Zweiglinien vorsah, wurde vom Parlament angenommen, aber vom Senat auf 6 Monate „verschoben". Hier bedeutet „verschoben" soviel als aufgehoben für dies Jahr.

Der Senat hat ja jetzt eine konservative Mehrheit und es scheint, als hätten die Herren Konservativen diesen Aufschub bestimmt, damit die Leute in den Gegenden, wo die Bahnen gebaut werden sollten, gegen die liberale King-Regierung aufgebracht werden sollen. Bei allem, was die Politiker jetzt tun, sehen sie schon mit einem Auge auf die im nächsten Jahre wohl kommende Wahl. Da können die Konservativen dann im Brustton tiefster Ueberzeugung ausrufen: Die Liberalen konnten Euch die Bahnen nicht verschaffen — wählt uns, und Ihr bekommt sie!

Auch die beiden Saskatchewan Senatoren H. W. Laird und Jim Calder stimmten für den Aufschub.

Das Volk und seine Bedürfnisse scheint den Herren vom Senat so ziemlich gleichgültig zu sein. Was brauchen sie sich auch darum zu kümmern, haben sie doch einen gut bezahlten „Job" auf Lebenszeit!

England plant Verstärkung seiner Luftstreitkräfte

London, 3. Juli. — Premier Baldwin kündigte im Unterhause an, daß die Regierung beschlossen habe, die Luftverteidigung in einer Weise auszugestalten, damit das Land in der Lage sei, einen Angriff auch der größten Luftstreitkräfte in wirksamer Weise abzuwehren. Er deutete an, daß die britischen Luftgeschwader um 35 vermehrt werden sollen, so daß Großbritannien insgesamt 52 Geschwader von Flugzeugen zur Verteidigung des Landes zur Verfügung ständen. Er sagte, daß Großbritannien eine Rüstungseinschränkung, ähnlich wie sie für die Kriegsflotten in Washington vereinbart wurde, auch bezüglich der Luftflotte willkommen heißen würde. In diesem Jahr wird die Regierung zum Bau von Flugzeugen eine Verwilligung von 500,000 Pfund Sterling und innerhalb der nächsten drei Jahre von 5½ Millionen Pfund Sterling verlangen.

Verräterische Pläne Stambulijskys enthüllt

Sofia, 3. Juli. — Die Kommission, welche von der Regierung ernannt wurde, um die Amtstätigkeit des Stambulijski-Ministeriums zu untersuchen, macht bekannt, daß in Stambulijskys Schreibtisch in dem Sobranje, dem bulgarischen Landtag, die Abschrift einer neuen Verfassung für Jugoslavien gefunden wurde, welche Randbemerkungen in der Handschrift Stambulijskys trägt. In diesem jetzt von der Regierung veröffentlichten Entwurf ist die Einverleibung Bulgariens in das jugoslavische Königreich vorgesehen.

Aus den Aufzeichnungen des verstorbenen Premiers geht hervor, daß er die bulgarische Dynastie, weil sie nicht slawischen Ursprungs ist, opfern wollte, um seine Pläne zu verwirklichen. Der jugoslavische König hätte denn auch als König von Bulgarien gekrönt werden sollen. Es war beabsichtigt, serbische Truppen nach Bulgarien zu bringen und alle Bulgaren aus Kroatien und Slowenien zu entfernen. Bulgarische Beamte wären nach den entfernteren Teilen Jugislaviens versetzt worden und deren Stellen hätten Serben eingenommen. Für Bulgarien hätte wie für das übrige Jugoslawien Serbisch als Amtssprache eingeführt und das Bulgarische nur im lokalen Verkehr gestattet werden sollen.

Diese Enthüllungen machen auf das bulgarische Volk einen tiefen Eindruck, da man in dem Plan die vollständige Aufopferung der Selbständigkeit Bulgariens als Nation erblickt.

Weitere Verhaftung im Dollard Mordfalle

Shaunavon, Sask. — Fred Huff, alias Joseph Fry, besser bekannt als „Fridan", welcher im Verdacht steht, in der letzten Mittwoch Nacht den verhängnisvollen Schuß auf Gib Hollenbeck in dessen Pool Room abgegeben zu haben, wurde am Samstag Mittag in einem Farmhause nahe South Fork, nach 48-stündiger Verfolgung verhaftet.

Weltwirtschaftslage durch Arbeitslosigkeit bedroht

Genf, 2. Juli. — Arbeitslosigkeit ist noch immer die größte wirtschaftliche Gefahr, welche die ganze Welt bedroht. Die Ver. Staaten, England und die Schweiz, die jetzt auf einer gesunden finanziellen Grundlage stehen, sind die einzigen Länder, welchen bisher in diesem Jahre eine wirkliche Ueberwindung der Beschäftigungslosigkeit gelang. In fast allen anderen Ländern bleibt die Lage wie im vorigen Jahr. Diese Angaben veröffentlicht das internationale Arbeitsbüro. In einigen Ländern hat sich die Lage leicht gebessert, in andern nahm aber die Beschäftigungslosigkeit leicht zu. Abgesehen von den drei erwähnten Ländern hat sich somit die Weltlage nur sehr wenig gebessert.

In den Ver. Staaten wurde die Lage großenteils durch eine stetige Vermehrung der Produktion überwunden. Aber Arbeitermangel in gewissen Zweigen und Beförderungsschwierigkeiten verhinderten bisher eine völlige Erholung. In England besserte sich die Lage durch gesteigerte Produktion im Bergbau, und in der Stahl-, Eisen-, Wolle-, Bekleidungs- und Papierindustrie. Die Schweiz, das dritte Land, setzte die Zahl der völlig Arbeitslosen auf 3,500 herab. Canada hatte ziemlich Mißgeschick, die Zahl der Arbeitslosen, namentlich bei den Baugewerkschaften, nahm dieses Jahr beträchtlich zu. In Norwegen, Dänemark und Holland ist die Arbeitslosigkeit größer als im letzten Jahr. In Frankreich und Belgien bleibt die Lage ziemlich gleich. Oesterreich vermochte die starke Zunahme bei der Arbeitslosigkeit, die Ende des Vorjahres eintrat, zu hemmen.

In Deutschland betrug bei den Baugewerkschaften Ende Januar der Prozentsatz von Arbeitslosen 4.4 Prozent, allein seit der Ruhrbesetzung hat sich die Lage bedeutend geändert. Nur bei der Landwirtschaft trat in Deutschland eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitern ein. Die Berichte an das internationale Arbeitsbüro geben keine Hoffnung auf eine baldige wirkliche Besserung in der allgemeinen Weltlage.

Ententepolitik rächt sich jetzt.

Washington, 3. Juli. — Hier eingetroffene offizielle Berichte ergeben, daß die von den Alliierten befolgte Politik die Entwicklung der Luftschiffahrt in Deutschland nach Möglichkeit zu behindern oder ganz lahmzulegen, dazu geführt hat, daß sich deutsche Luftschiffingenieure nach Rußland begeben haben, was zur Folge hat, daß die Sowjetrepublik sich immer mehr und mehr zu einer Macht auf dem Gebiete des Flugwesens entwickelt.

Soweit hier bekannt geworden ist, hat eine deutsche Firma, die ihre Werke in Rußland hat, von der russischen Regierung einen Auftrag für dreitausend Flugzeuge erhalten, die bis zum April nächsten Jahres geliefert werden müssen. 1500 dieser Flugzeuge sind angeblich für die türkische nationalistische Regierung bestimmt. Mustapha Kemal Pascha will dadurch seine Luftstreitkräfte auf die gleiche Stufe mit denjenigen Englands bringen, die ihm jetzt ganz bedeutend überlegen sind. Er hat jetzt nur etwa 300 nicht gerade erstklassige Fahrzeuge, die ihm Rußland von Italien verschafft hat. Eine Anzahl ließen ihm angeblich auch die Franzosen zurück, als sie Cilicien räumten.

Letzte Nachrichten

Duisburg. — Die belgischen Besatzungsbehörden haben bisher als Folge des Bombenanschlags auf einen belgischen Truppenzug 223 Personen verhaftet. Der Belagerungszustand wurde verhängt und ist der Eintritt nach Duisburg bei einbrechender Dunkelheit untersagt, wo alle Geschäfte geschlossen sind und der Verkehr gänzlich lahmgelegt wurde.

Coblenz. — Zwei Bomben, wovon eine unter Anrichtung geringen Schadens explodierte, wurden am Eingange eines Eisenbahntunnels in Mainz gefunden. Die Stadt Mainz soll hierfür bestraft werden.

Sydney, N.S. — Die Minenarbeiter des Cap Breton Distrikts drohen mit dem Ausstand, wenn die provinziale Polizei und die Miliztruppen nicht bis Dienstag Nacht von den Anlagen der British Empire Steel Co., deren Arbeiter am Streik sind, zurückgezogen werden.

Deutscher U-Boot-Führer von Belgiern verhaftet und schwer mißhandelt

Berlin, 3. Juli. — Kapitän Hans Rose, der Kommandant des deutschen Tauchboots „U-53", welcher im Oktober 1916 die Welt überraschte, als er urplötzlich bei Newport, Rhode Island, auftauchte, ist von den Belgiern verhaftet und in Sterkrade eingeliefert worden. Berichte des Roten Kreuzes aus dem Ruhrbecken besagen ferner, daß Rose von den belgischen Soldaten dermaßen mißhandelt wurde, daß er auf den Tod darniederliegt. Ein deutscher Delegat des Roten Kreuzes im Ruhrgebiet berichtet, daß er zugegen war, als Kapitän Rose, der in Essen wohnt, im Gefängnis eingeliefert wurde. „schrecklich mißhandelt, mit Handfesseln und schweren Verletzungen am Kopfe." Der Delegat berichtet ferner, daß die neuen Maßnahmen der Belgier „das Leben der Deutschen in der Belgier-Zone auf's höchste gefährden."

Französischer Offizier erschossen.

Düsseldorf, 3. Juli. — Ein Hauptmann des 67. französischen Infanterieregiments wurde am Samstag eben, als er die Runde machte, in Solingen im Ruhrgebiet von einem Wachtposten erschossen. Es handelte sich um einen Unfall.

Col. House demokratischer Präsidentschaftskandidat?

Berlin, 3. Juli. — Oberst Edward M. House, Hauptberater des Präsidenten Wilson, Vater des Völkerbundes, und mit Wilson Hauptmitschuldiger am Versailler Vertrag, erwartet, daß er als Präsidentschaftskandidat auf der demokratischen Nationalversammlung im nächsten Jahre vorgeschlagen wird.

Col. House wünscht, daß Deutschland dem Völkerbund beitritt. Dann würde, seinen Plänen gemäß, die Lösung der Reparationsfrage vor den Völkerbund zur Entscheidung gebracht werden.

Nachdem so das wichtigste europäische Problem gelöst und das größte Hindernis zum Wiederaufbau der Welt beseitigt, würde House gestützt auf seine Platform des Erfolges vor das amerikanische Volk treten.

All diese Informationen erreichten Berlin von London kommend durch halboffizielle Kanäle. Oberst House war kürzlich in London und konferierte, wie es heißt, mit gewissen Berliner Persönlichkeiten, die in halboffizieller Mission dort weilen.

Aus dieser Quelle wird berichtet, daß House aufs nachdrücklichste für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintrat, und daß er persönlich sich angeboten habe beim Premier Poincare von Frankreich vorstellig zu werden in dem Bemühen Poincare zu beeinflussen, seinen Widerstand gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund fallen zu lassen, sollte der deutsche Reichskanzler Cuno bereit sein, Deutschlands Eintritt in den Bund anzumelden.

Col. House, so wird berichtet, soll den Deutschen zu verstehen gegeben haben, daß mit Deutschland im Völkerbund, seiner Ansicht nach Rußland folgen werde, worauf die Ver. Staaten auch nicht mehr auf der Seite stehen bleiben könnten.

Bei Kanzler Cuno, der kürzlich glattweg ablehnte, irgend welche Schritte wegen Beitritt zum Völkerbunde zu unternehmen, wurde inoffiziell ein Vertreter des Bundes vorstellig. Cuno soll den Standpunkt eingenommen haben, daß so lange Frankreich fortfährt in seiner feitherigen Art Deutschland zu behandeln, im Völkerbunde kein Platz für Deutschland sei.

Belgisches Kabinett bleibt vorläufig im Amt

Brüssel, 3. Juli. — Premier Theunis, der nach dem Rücktritt des belgischen Kabinetts wegen der Streitfrage der vlämischen Sprache in der Universität Gent mit der Neubildung eines Kabinetts betraut wurde, hat ein Arrangement getroffen, daß das gegenwärtige Ministerium vorläufig im Amt bleibt und die Reorganisierung dann später erfolgt.

Der Premier hofft, daß er sich mit der Opposition wegen des Unterrichts in französischer Sprache einigen wird, ebenso darüber, daß der Militärdienst auf 12 Monate angesetzt wird, statt der 14 Monate, die er vorgeschlagen hatte.

Versailler Vertrag ist zu zerreißen

Einmütiger Beschluß der National-Konferenz der britischen Arbeiterpartei

London, 3. Juli. — Die National-Konferenz der britischen Arbeiterpartei erklärte sich in ihrer heutigen Sitzung gegen Krieg, gegen Verstärkung der Luftflotte sowie gegen Frankreichs Gewaltpolitik im Ruhrgebiet und gegen die allgemeine Neigung einer Zunahme der Rüstungen.

Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, erklärte inbezug auf den neuen britischen Flugzeug-Plan, Beschlüsse, nicht zu kämpfen, wären zwecklos, es sei denn, daß die Arbeiterpartei, die gegen Krieg ist, zur Regierung gelange, denn „im Falle einer Lage, die zum Kriege zwingt, würden wir hineingedrängt werden, ob wir wollen oder nicht."

Nach einem Hinweis auf die riesige Vermehrung der französischen Luftstreitkräfte wurde einstimmig und unter gewaltigem Beifall eine Resolution angenommen, welche darauf dringt, den Versailler Vertrag zu zerreißen und England von der brutalen Politik Frankreichs gegenüber Deutschland loszulösen, einer Politik, welche eine Katastrophe herbeizuführen droht, gegen die der vergangene Weltkrieg wie eine Bagatelle aussehen würde."

Darauf folgte ebenfalls einstimmig die Annahme einer Resolution, welche die Vermehrung der Flugzeug-Rüstungen verurteilt und die Regierung auffordert, unverzüglich eine internationale Konferenz zur Förderung einer allgemeinen Abrüstung einzuberufen.

Arthur Henderson verurteilte einen Versuch, die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament zu zwingen, alle Bewilligungen für militärische Zwecke zu bekämpfen. Wie er erklärte, würde ein solcher Beschluß im Publikum die Meinung verbreiten, daß die Arbeiterpartei, sollte sie ans Ruder kommen, Armee, Flotte und Flugstreitkräfte, die Verteidigungsmittel der Nation, abschaffen würde. Er fügte hinzu: „Wir sind eine Insel-Nation. Wir können ohne eine Flotte nicht auskommen, und angesichts der jetzigen Stimmung Frankreichs können wir es uns nicht leisten, die Werkzeuge der nationalen Verteidigung zu verkrüppeln."

Die antimilitärische Resolution wurde darauf mit einem Votum von 2,984,000 gegen 808,000 Stimmen geschlagen.

Ferner erklärte sich die Partei-Konferenz für eine Kapitalsteuer als grundlegenden Schritt in der Arbeiter-Politik für Abschaffung der Nahrungsmittelsteuern, sowie für Herabsetzung der Einkommensteuer, für Wohnungsreform und soziale Reorganisierung.

Britische Arbeiter für Ruhrschiedsgericht.

London, 3. Juli. — Eine Resolution auf der Tagung der Arbeiterpartei bezeichnet die Ruhrbesetzung als eine Handlung bewaffneten Angriffs und Krieg, die Unterhandlungen oder ein Schiedsgericht erheischt. Ferner wird die Einberufung einer Weltkonferenz zur Umwandlung der Friedensverträge empfohlen, ebenso die volle Anerkennung der russischen Regierung und in Verbindung hiermit wird eine Zusammenkunft von Vertretern des britischen und des russischen Auswärtigen Amtes angeregt behufs Erörterung und Schlichtung bestehender Differenzen.

J. Ramsay McDonald, Führer der Arbeiterpartei, verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteikonferenz der Arbeiterklassenbewegung in Frankreich einen Freundschaftsgruß entbieten werde und ihr eine Aufforderung zugehen lassen werde, mit der britischen Arbeiterschaft gemeinsame Sache zu machen zur Unterdrückung von Imperialismus und Militarismus, da, wenn diese nicht unterdrückt würden, Europa sich nicht des Luxus einer Abrüstung erfreuen könne.

„Kühler Kopf und ruhig Blut," Englands Rat an Deutschland

Berlin, 3. Juli. — „Kühlen Kopf und ruhige Nerven behalten, die Zähne zusammenbeißen und still sitzen," — das ist, der Bedeutung nach, der nichtamtliche Rat bezüglich des Ruhr-Konflikts, der dem Vernehmen nach von London nach Berlin ergangen ist. Es ist kaum ein Zweifel darüber vorhanden, daß Personen, welche in London der Regierung sehr nahe stehen, die Nerven der Deutschen mit guten moralischen Ratschlägen zu steifen suchen. Der Kampf um die Ruhr ist nun nahezu 6 Monate im Gange. Es hat Deutschland 2,000,000,000 Goldmark, oder annähernd $50,000,000 gekostet. Ein Schwanken Deutschlands in dem gegenwärtigen Augenblick, heißt es in gut unterrichteten diplomatischen Kreisen, würde die guten Karten schwächen, die Großbritannien gegenwärtig in Paris ausspielt. Es ist Nachricht hierher gelangt, daß Premier Baldwin entschlossen ist, von der Stellung, die er eingenommen hat, nicht zurückzuweichen. Es hatte große Besorgnis geherrscht, daß im kritischen Augenblick Großbritannien wieder nachgeben würde und daß die Leiden der Ruhrbevölkerung vergeblich gewesen sein würden.

Papst Pius richtet Mahnung an die Bedrücker Deutschlands

Rom, 3. Juli. — Ein Schreiben von Papst Pius an Kardinal Gasparri, den päpstlichen Staatssekretär, enthält einen Appell an die Lenker der Geschicke von Nationen. Sie sollen die dringlichen Weltfragen, darunter jene von Entschädigungen, in jenem christlichen Geiste erwägen, welcher die Erfordernisse der Gerechtigkeit von jenen sozialer Charitas nicht trennt. Offenbar auf die Entschädigungslage hinweisend, bemerkt das Schreiben: „Gerechtigkeit, soziale Barmherzigkeit sowie auch das eigene Interesse der Gläubiger scheinen zu erheischen, daß vom Schuldner nicht mehr gefordert wird, als er zu geben vermag, ohne seine Hilfsquellen und seine Produktionskraft vollständig zu erschöpfen. Es ist gerecht, daß Gläubiger Garantien erhalten, welche im Verhältnis zu der Wichtigkeit ihrer Ansprüche stehen. Allein wir geben ihnen zu bedenken, ob es notwendig ist, zu diesem Zweck Besetzungen von Gebieten aufrecht zu erhalten, welche den besetzten Ländern schwere Opfer auferlegen."

Frankreich wird immer mehr in die Enge getrieben

Papst Pius richtete an die Welt im allgemeinen und, was sich aus den obwaltenden Verhältnissen ergibt, an Frankreich im besonderen den Appell, auch der Gutmachungsfrage gegenüber Barmherzigkeit und Gerechtigkeit obwalten zu lassen. Zudem ist in dem betreffenden päpstlichen Schreiben an den Kardinal-Staatssekretär Gaspari der rein praktische Standpunkt vertreten, daß die Besetzung des Ruhrgebiets an sich schon geeignetes Mittel für die Befriedigung irgendwelcher Gutmachungs-Ansprüche darstelle.

Die heutige französische Politik weiß aber nichts von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, noch kümmert sie sich um praktische Standpunkte. Gutmachung ist ihr Hekuba. Sie ist von dem Cäsarenwahnsinn, auf den Trümmern Europas die Herrschaft Frankreichs errichten zu können, besessen. Durch die Anwendung brutaler Gewalt soll das wahnwitzige Herrschaftsgelüste mit der Errichtung des französischen Cäsarismus über ganz Europa befriedigt werden. Dementsprechend kennt die heutige französische Politik nur eines: das Versailler Vergewaltigungs- und Erdrosselungs-Dokument, und nur ein Ziel, dessen unbeschränkte Durchführung.

Es sind diese Eigeninteressen, welche Frankreich heute einkreisen. Es ist die Erkenntnis der eigenen Gefahr, welche jene Politik über ganz Europa heraufbeschwört, welche dieses der Gemeinsamkeit der Abwehr entgegenführt. Durch die Einkreisung soll Frankreich aus dem Größenwahn, der sein Führer zu Lande, auf und unter dem Wasser und in der Luft geworden ist, auf die feste Erde der Erwägungen der Interessen Europas und damit auch der eigenen zurückgeführt werden.

Gäbe es heute in der Welt ein Gefühl der Barmherzigkeit und auch nur Gerechtigkeit, so hätte sich dieses längst schon gegen die unmenschliche Schreckensherrschaft der Einbrecher im deutschen Ruhr- und Rheinland geräubt. Die Kundgebung des Papstes beabsichtigt, dieses Gefühl zu wecken, aber auch solcher Absicht gegenüber verschanzt sich Frankreich bereits wieder hinter dem Versailler Vertrag.

Diese Schanze muß eingekreist werden. Nur nachdem sie gefallen ist, wird die vom Papst von der Einstellung der Okkupation als Vorbedingung wahren Friedens erwartete Pazifizierung eintreten.

Südafrikas Premier befürchtet neuen Krieg

Kapstadt, Südafrika, 3. Juli. — General Smuts zergliederte in einer kürzlichen Ansprache das britische Reich als eine Gruppe freier Staaten, welche ihre gemeinsame Treue zu Verhältnissen der Freiheit und Gleichheit zusammenhält und die auf einer Grundlage der Beratung verwaltet sind.

Der südafrikanische Führer erklärte den Ausbruch eines neuen großen europäischen Unglücks für sehr wohl möglich. Er verlangte daher, daß die Stellung des britischen Reiches klar dargelegt werde. Der europäische Krieg, sagte Smuts, entstand durch die Tatsache, daß die Stellung verschiedener Großmächte nicht klar dargelegt war.

Deutsche Kapitalisten erwerben Konzessionen in China

London, 3. Juli. — Nach Mitteilungen, welche die britische Handelsbehörde von zuverlässiger Seite erhielt, erstreben deutsche Handelsmagnaten die Beherrschung der Kohle, des Eisens und Oels von China. Die Stinnes-Interessen haben in Kohlenkonzessionen in Honan, Hunan und nahe Pukow bereits zwei Millionen Dollar angelegt. Die Gruppe fand ferner in Che-Kiang Oel und ist auch an Kohle nahe Hang-Chow interessiert. In Saghalien hat diese Gesellschaft ungefähr 1 Million Dollar in Kohlen- und Eisenkonzessionen angelegt. 38 deutsche Ingenieure warten in Shanghai auf Anweisungen, um nach verschiedenen Mittelpunkten zu gehen. Der Druck der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Deutschland durch die Folgen des Krieges auferlegt sind und die Schwierigkeiten durch die Bezahlung von Entschädigungen haben deutsche Kapitalisten veranlaßt, eine gewinnbringende Anlage für ihr Geld im Osten zu suchen. Vor dem Krieg lagen Deutschlands Hauptinteressen im Westen. Viele Märkte sind ihm aber jetzt verschlossen und es liegen viele Berichte über Pläne vor, um die Handelsinteressen von Deutschland in Rußland, China und anderen östlichen Märkten auszudehnen.

An unsere Leser!

Infolge des Dominion-Feiertages am Montag war der „Courier" leider gezwungen, seine diesswöchige Nummer in kleinerem Umfange als gewöhnlich erscheinen zu lassen, damit die Zeitung der Eisenbahnpost zeitig zur Weiterbeförderung übergeben werden konnte. Wir bitten deshalb unsere geehrten Leser freundlichst um Nachsicht.

Die Redaktion.